

Öffentliche Sprachenpolitik: Zwischen institutioneller und konkreter Politik

Peter Knoepfel

Wer in der Schweiz die Debatten im Parlament mitverfolgt, die Webseiten der Bundesverwaltung besucht, ein Gesetz oder einen Bericht des Bundesrats in seiner Muttersprache lesen möchte oder privat oder beruflich mit einer Dienststelle des Bundes zu tun hat, wird feststellen, dass die Mehrsprachigkeit in diesem Land insgesamt sehr gut verankert ist. Der erste Evaluationsbericht der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit vom März 2015 bestätigt diesen Eindruck. Auch der Politanalyst, der einen kritischen Blick auf die institutionelle Sprachenpolitik wirft, kommt zu diesem Schluss. Realisiert wird die institutionelle Sprachenpolitik in erster Linie durch die Sprachdienste und neu auch durch den Bundesrat, der alle vier Jahre einen Massnahmenkatalog (Strategische Ziele im Zusammenhang mit der Förderung der Mehrsprachigkeit) festlegt, sowie durch die Departemente, welche diese Massnahmen vorwiegend umsetzen. Die Departemente erreichen zwar – wenn auch in unterschiedlichem Ausmass – die quantitativen Ziele für die Vertretung der Sprachgruppen in der Bundesverwaltung; hinsichtlich der sprachlichen Kompetenzen der Bundesangestellten und insbesondere der Führungspersonen gibt es allerdings noch Handlungsbedarf.

Wirft man hingegen einen Blick auf die wesentlichen Politiken, die sich auf den sprachlichen Zusammenhalt der Schweiz marginal oder erheblich auswirken, erweist sich die Lage als weit bedenklicher. Dies zeigt eine (grobe) Analyse der sprachpolitischen Situation der Kantone bezüglich der Einführung der zweiten Landessprache und der ersten Fremdsprache (Englisch) in der obligatorischen Schule. Hier lässt sich zunehmend Widerstand gegen die geltende Gesetzgebung (SpG) beobachten. Wird sich der Bund dieses Jahr gezwungen sehen, in einem Bereich einzuschreiten, der ursprünglich ganz in der Kompetenz der Kantone lag?

Kontakt :
Peter Knoepfel
Institut de hautes études en administration publique
Quartier UNIL Mouline, Bâtiment IDHEAP
CH - 1015 Lausanne
+41 21 692 68 40
peter.knoepfel@unil.ch



Peter Knoepfel

Dr. iur. Peter Knoepfel ist Honorarprofessor an der Rechts- und Kriminalwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lausanne, Honorarprofessor für Recht an der Universität Taras Shevchenko in Kiew und war davor ordentlicher Professor für Politikanalyse und Nachhaltigkeit im Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP, 1982-2014) und Leiter ebendieses Instituts (1994-2002). Er ist eine internationale Schlüsselfigur im Bereich Umweltpolitikanalyse und führt seit über 30 Jahren Forschungsprojekte für die schweizerischen, deutschen und europäischen Behörden durch. Er ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Komitees und unterrichtet als Gastprofessor weiterhin sowohl in der Schweiz als auch im Ausland. Er hat zahlreiche Fachbücher (70), Artikel und Beiträge in Sammelbänden (270) im Zusammenhang mit der Umweltpolitik, der nachhaltigen Entwicklung und der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen verfasst und herausgegeben.

Zu seinen wichtigsten Publikationen gehören das Handbuch *Analyse et pilotage des politiques publiques* (2006, mit C. Larrue und F. Varone, Rüegger Verlag), das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, das Werk *Analyse des politiques suisses de l'environnement* (2010, mit S. Nahrath, J. Savary, F. Varone und J. Dupuis, Rüegger Verlag) sowie als Herausgeber das *Handbuch der Schweizer Politik* (neuste Auflage von 2014, NZZ Verlag), das *Handbuch der öffentlichen Verwaltung in der Schweiz* (2013, NZZ Verlag) und das Werk *Environmental policy analysis. Learning from the past for the future* (2007, Springer).